

Abs.:

Botschaft der Russischen Föderation

S.E. Herrn Sergej J. Netschajew

Unter den Linden 63-65

10117 Berlin

Hameln, 01.03.2025

Sehr geehrter Herr Botschafter,

von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International habe ich erfahren, dass die 61jährige pensionierte Kindergärtnerin **Olha Baranevska** aus Melitopol im November 2024 vom dortigen Bezirksgericht wegen angeblich unrechtmäßigen Besitzes von Sprengstoff zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt worden ist. Zuvor, im Mai 2024, war sie von russischen Sicherheitskräften aus ihrer Wohnung verschleppt worden, danach für einige Wochen verschwunden, nachdem sie sich geweigert hatte, wieder in dem Kindergarten, in dem sie früher angestellt war, nach dessen Wiedereröffnung unter russischer Besatzung zu arbeiten. Nach ihrem Wiederauftauchen am 27. Juni wurde sie willkürlich festgenommen. Schließlich wurde ihr vorgeworfen, in ihrem Garten Sprengstoff versteckt zu haben, was zu der genannten gerichtlich verhängten Haftstrafe im November 2024 führte. Die Beweislage, darunter auch das „Geständnis“ von Olga Baranevska, war äußerst fragwürdig. Die Gesundheitsversorgung, die sie im Gefängnis erhält, ist angesichts mehrerer schwerer gesundheitlicher Probleme unzureichend.

Ich habe mich in dieser Angelegenheit an die Menschenrechtsbeauftragte Frau Tatiana Moskalkova gewandt, eine Kopie meines Schreibens lege ich diesem Brief bei. Ich fordere auch Sie, Herr Botschafter, dringend auf, sich für dafür einzusetzen, dass Olha Baranevska umgehend freigelassen wird, sofern keine stichhaltigen Beweise für den Vorwurf eines Verbrechens vorgelegt werden können. Ferner bitte ich Sie dringend, dafür einzutreten, dass sie bis zu ihrer Freilassung vor Misshandlungen geschützt wird und die nötige medizinische Versorgung erhält.

Mit freundlichen Grüßen